

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Telefon: Amt Dönhof 4192-4193



Redaktion für Druck und Verbreitung:
Berlin OS 61, Zelle-Wilhelm-Platz 8
Druckverlag: Copaldruck

Die Verteilung erfolgt im Selbstvertrieb.

Der Inhalt ist nur auf Grund bester Nachrichten gegeben. Stillehalten ist nicht möglich.
Der Verantwortliche, wenn nicht anders vermerkt, ist der Verfasser für alle Teile in Berlin.

Berlin, den 9. Septbr. 1932.

Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Es wird verhandelt.

Die Nationalsozialisten auf dem Wege ins "System"?

SPD. Das Regierungslager und die schwarz-braunen Koalitionspartner haben beide den Regierungswagen bis an die Achsen in den Dreck gefahren. Angesichts der drohenden Reichstagsauflösung, der man in beiden Lagern mit gemischten Gefühlen entgegenseht, werden in letzter Stunde lebhafteste Bemühungen unternommen, die Karre so oder so wieder aus dem Dreck herauszuziehen. Der Empfang des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten, in dessen Verlauf am Freitag die politische Entscheidung fallen sollte, war ein Schauspiel für Götter. Der deutschnationale Herr Graef ist Herr Goering in die Parade gefahren, aber Goering und Esser haben ihren Willen durchgesetzt, sie haben dem Reichspräsidenten ihren Wunsch nach Verhandlungen vorgetragen - und haben Erfolg gehabt!

Im Lager Papens hat man bis zur Stunde stolz erklärt, dass die autoritäre Präsidialregierung keine Parteiverhandlungen verträge, weil darin ein Rückfall in den Parlamentarismus und den Koalitions-Kuhhandel liegen würde. Dennoch hat der Reichspräsident sich bereit erklärt, am Dienstag 12 Uhr zwei Vertreter der Nationalsozialisten, zwei Vertreter des Zentrums und einen Vertreter der Bayerischen Volkspartei in Gegenwart des Reichskanzlers zu empfangen. Die schwarz-braunen Koalitionspartner erblicken darin vorläufig Vorzeichen eines Einlenkens im Regierungslager, und um die Hoffnungen, die sie daran knüpfen, nicht durch die politische Debatte im Reichstag stören zu lassen, sind sie einig geworden, den Reichstag am Montag nach der Regierungserklärung bis zum Mittwoch zu vertagen.

Damit ist die "grundsätzlich neue Art der Staatsführung" wieder genau in die gleichen Bahnen gekommen, auf denen zurzeit der strengsten Innehaltung der parlamentarischen Grundgedanken der Verfassung Reichsregierungen auf Koalitionsgrundlagen in Rücksprachen und Verhandlungen vorbereitet wurden. Wären wir böshaft, so würden wir den unentwegten Gegnern des Parlamentarismus im Nationalsozialismus entgegenhalten, dass auch sie praktisch zugeben müssen, dass es ohne den - "Müllerismus" eben nicht geht!

Zentrum und Nationalsozialisten haben im übrigen am Freitag ihre Koalitionsverhandlungen fortgesetzt. Die Verhandlungen sind bis nahe an den Abschluss herangeführt worden und die schwarz-braunen Partner hoffen, am Dienstag dem Reichspräsidenten ein fix und fertiges Programm, auch über die personellen Fragen, vorlegen zu können. In ihrem Lager glaubt man, beim Reichspräsidenten schliesslich doch noch ein Kabinett Papen ohne Papen erreichen zu können, und so dem Reichspräsidenten, der erklärt hat, dass er sich nach so kurzer Zeit nicht schon wieder von dieser Regierung trennen könne, den Weg zu erleichtern. Eine Kanzlerschaft Hitlers kommt dabei nicht in Frage. In dieser Richtung liegt auch eine Äusserung des Berliner Nazi-Organs, in der es heisst:

"Man lässt u.a. Versuchsballons aufsteigen, die wissen wollen, die NSDAP sei heute vielleicht nicht mehr so ganz abgeneigt, das anzunehmen, was man ihr am 13. August angeboten und sie ausgeschlagen habe. Ein solcher Unfall der

NSDAP kommt natürlich gar nicht in Frage. Das einmal Ausgeschlagene nehmen wir nachträglich nicht an. Eine "Notlösung", die die Auflösung des Reichstags vermeiden könnte, wäre für die NSDAP nur insoweit tragbar, als ihr dabei das gegeben wird, was ihr auf Grund der Verfassung zukommt und was das Volk mit Recht fordern kann. Falls in dieser Richtung aussichtsreiche Verhandlungen von der Gegenseite noch angebahnt werden sollten, würde eine gewisse Verlangsamung der Abwicklung der Verhandlungen im Reichstag möglich sein."

Das heißt, dass eine Vizekanzlerschaft Hitlers ausgeschlagen wird und auf eine "tragbare Notlösung" losgesteuert wird, die den Nazis einige Ressorts und Verwaltungssitze geben soll. Das sieht sehr stark nach Einschwenken in "das System" und den Parlamentarismus aus, gleichviel ob die angestrebte Papenregierung ohne Papen dann als Präsidialregierung oder autoritäre Regierung bezeichnet wird. Das Wort von einer "tragbaren Notlösung" ist bezeichnend. Wir wissen kein anderes Wort, das so sehr die Atmosphäre von Koalitionsregierungen bezeichnet als das Wort "tragbar"!

Jedenfalls hofft man im schwarz-braunen Lager immer noch die Auflösung vermeiden zu können, weil man verhandelt. Man hat wieder Hoffnung, denn ebensowenig wie die Regierung denken Zentrum und Nationalsozialisten unbesorgt an kommende Wahlen. Der Termin einer Auflösung des Reichstags ist jedenfalls durch diese Einleitung von Verhandlungen in letzter Stunde mindestens bis zum Ende der nächsten Woche hinausgeschoben.

Eins aber ist deutlich erkennbar: die Nationalsozialisten sind mit fliegenden Fahnen auf dem Wege zum System der Koalition!

SPD. Paris, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der "Temps" bemüht sich am Freitag, in einem ausführlichen Leitartikel den Engländern gut zuzureden, damit sie ja nicht auch nur teilweise auf die deutschen Militärforderungen eingehen.

"Es wäre - so schreibt das Blatt - eine falsche Ansicht der zur Debatte stehenden Prinzipien und Tatsachen, wenn man Deutschland gestatten wollte, eine Teilreform der Reichswehr vorzunehmen. Deutschland will nichts anderes als wieder aufrüsten. Was es dann später, wenn man ihm das bewilligt hat, an Sicherheitsgarantien geben könnte, wäre ohne jeden Wert. Denn wenn es nicht die Absicht hätte, den Frieden Europas zu stören, um seine nationalen Ziele zu erreichen, hätte es auch nicht nötig, trotz seiner augenblicklichen Finanznot ungeheure Summen für eine militärische Reorganisation auszugeben. Es wäre also der schlimmste Fehler, wenn man Deutschland im Prinzip teilweise oder ganz nachgäbe."

Die Rüstungsgleichheit auf dem Wege der allgemeinen Abrüstung zu erreichen, scheint dem "Temps" viel logischer und politischer, aber nicht ohne schwere Unzulänglichkeiten. Vor allen Dingen müsste man, so meint er, absolut wirksame Sicherheitsgarantien gegen jede Friedensstörung durch Deutschland schaffen.

SPD. Der Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Reichspräsidenten dauerte 20 Minuten. Amtlich wird darüber mitgeteilt: "Reichstagspräsident Goering stellte das neue Präsidium vor; der Herr Reichspräsident dankte für den Besuch und sprach den Herren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgaben aus. Hieran schloss sich eine kurze Aussprache über die politische Lage."

In der kurzen Aussprache über die politische Lage wies Präsident Goering, wie er das auch im Reichstage schon getan hatte, darauf hin, dass der neue Reichstag durchaus in der Lage sei, eine arbeitsfähige Mehrheit zu bilden. Seine Ausführungen wurden von den Vizepräsidenten Esser und Rauch unterstützt, während der deutschnationale Vizepräsident Graef den Darlegungen Goerings widersprach und die jetzige Regierung sowie die Formen ihrer Betätigung ausdrücklich billigte.

Der Reichspräsident nahm von den Darlegungen des Präsidiums Kenntnis. Gegenüber einer Anregung, er möge vor irgendwelchen Entscheidungen noch die Auffassung

der Parteien hören, die für eine arbeitsfähige Mehrheit in Frage kämen, verhielt er sich nicht ablehnend. Am Freitag abend wurde dann bekannt, dass der Reichspräsident bereit ist, am Dienstag mittag zwei Vertreter der Nationalsozialisten, zwei Vertreter des Zentrums und einen Vertreter der Bayerischen Volkspartei zu den gewünschten Besprechungen zu empfangen.

SPD. Köln, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die Rheinische Beamtenbank, Abteilung Kölner Beamtenvereinigung, hat sich infolge Zahlungsschwierigkeiten genötigt gesehen, vorläufig ihre Schalter zu schliessen. Ein vom Vorstand ausgefertigter Status hat ergeben, dass die Bilanz der Bank durchaus aktiv ist. Geeignete Vorschläge zur Behebung der Schwierigkeiten werden in allernächster Zeit bekanntgegeben werden. Wie die Bank mitteilt, sind ihr von der Regierung auf Grund der vierten Notverordnung erhebliche Beträge zur Verstärkung ihrer Betriebsmittel in Aussicht gestellt worden.

SPD. In letzter Zeit sind in der Rechtsprese wiederholt Meldungen über eine angebliche Verausgabung preussischer Steuergelder im parteipolitischen Interesse durch die Regierung Braun erschienen. Die verfassungsmässigen preussischen Minister setzen sich dagegen mit folgender Auslassung zur Wehr:

"In der "Berliner Börsen-Zeitung" vom 6. September und den folgenden Tagen sind Angaben des Inhalts veröffentlicht, dass Steuergeldes des Reiches und des Staates, die für Zwecke der Polizei, des Schutzes der Grenzlande und für verwaltungspolitische Reformen bestimmt waren, zu parteipolitischen Zwecken verwendet worden seien. Diese Angaben sind, von anderem abgesehen, in dem wesentlichen Punkte, dass eine Verwendung für parteipolitische Zwecke stattgefunden habe, unrichtig. Die Ausgaben haben zur Bekämpfung von Verbrechen, zur Abwendung von Hoch- und Landesverrat, zur Wiederherstellung geordneter und gesitteter Zustände, zur Stärkung des Deutschtums und der deutschen Einigkeit, zur Abwehr von Terror und Verleumdungen gedient. Parteipolitische Zwecke sind in keinem Falle verfolgt worden. Jede andere Behauptung ist eine Unwahrheit."

SPD. München, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der Journalist Werner Abel, der im Juni wegen Meineids verurteilt wurde, aber Berufung eingelegt hat, sodass er immer noch in Untersuchungshaft sitzt, hat Meineidsanzeige gegen Hitler erstattet. Hitler habe am dritten Verhandlungstage unter Eid erklärt, im Jahre 1923 nie mit einem Italiener über die Südtiroler Frage gesprochen, geschweige denn mit einem Vertreter des Faschismus über Südtirol verhandelt zu haben. Demgegenüber bietet Abel Beweis dafür an, dass Hitler am 15. oder 16. Oktober dem Vertreter einer offiziellen faschistischen Zeitung ein Interview gewährt habe, das unmittelbar darauf in der "Wiener Neuen Freien Presse" erschienen sei und in dem er Südtirol ausdrücklich abgeschüttelt habe.

SPD. Kassel, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der verantwortliche Schriftleiter des Kasseler Nazi-Blättchens wurde am Freitag wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten Friedensburg zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Im September des Jahres 1925, als die republikanische Presse ihre Spalten mit Mitteilungen über Fememorde und Schwarze Reichswehr füllte, gelang der Berliner Politischen Polizei die Aufdeckung eines Geheimbundes, genannt: "Die Ritter zum feurigen Kreuz". Es wurden zahlreiche Utensilien dieses Ordens beschlagnahmt, darunter einige weiße Mäntel, wie sie in Amerika der Ku-Klux-Klan zu tragen pflegt, ferner Holzkreuze, Offiziersdegen, Masken und schwarzweissrote Fahnen, darunter eine mit einem Hakenkreuz. Nach Ansicht der Polizei war der Orden sowohl an dem Küstriner Putsch des Majors Buchrucker beteiligt als auch für die zahlreichen, damals zur Debatte stehenden Fememordtaten verantwortlich zu machen.

Im Berliner Polizeipräsidium wurde später auf Anordnung eines Kommissars dann eine Photographie gemacht, die das Aufnahmezeremoniell des Ordens wiedergeben sollte, wobei die beschlagnahmten Utensilien Verwendung fanden. Abzüge dieser Aufnahme wurden der Presse übermittelt und erschienen, zum Teil mit irreführenden Texten versehen, sodass der Eindruck erweckt wurde, als handle es sich um Originalaufnahmen. Im Mai des Jahres 1931 wurde anlässlich eines Prozesses gegen eine nationalsozialistische Frau in Lüneburg dieses sogenannte Femebild behandelt. Der damalige Vizepräsident des Berliner Polizeipräsidiums Dr. Weiss, über die Herkunft des Bildes befragt, gab an, er glaube, dass sein Amtsvorgänger der jetzige Regierungspräsident Dr. Friedensburg, den Auftrag zur Herstellung des Bildes gegeben habe. Diese Aussage veranlasste den verantwortlichen Schriftleiter des Kasseler nationalsozialistischen Blattes Stoevesandt zu wüsten Schmähungen des Regierungspräsidenten Dr. Friedensburg und heftigen Angriffen gegen das "System". Stoevesandt warf dem Regierungspräsidenten vor, sein Amt missbraucht zu haben, als er Beamte mit der Herstellung des Bildes beauftragte und durch die Hergabe an die Presse die Öffentlichkeit betrogen und getäuscht zu haben. Diese in drei Artikeln der nationalsozialistischen Zeitung wiederholten Vorwürfe führten zu einer Klage des Regierungspräsidenten gegen Stoevesandt, die am Freitag vor dem Kasseler erweiterten Schöffengericht zur Verhandlung kam.

In dieser Verhandlung erbot sich der Nationalsozialist, für seine Vorwürfe den Wahrheitsbeweis anzutreten. U. a. behauptete er, dass das Femebild erst den Anlass für die republikanische Presse gegeben hätte, über Femeeinrichtungen und Schwarze Reichswehr zu berichten, eine Darstellung, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt, da die republikanische Presse lange vor der Aufdeckung des Geheimbundes um die Aufklärung der Öffentlichkeit über Fememorde und Schwarze Reichswehr besorgt war. Die Verhandlung, der eine Reihe von Zeugenvernehmungen der beteiligten Beamten zugrundegelegt wurden, ergab klar und eindeutig, dass der damalige Vizepräsident des Polizeipräsidiums Dr. Friedensburg weder den Auftrag zur Herstellung des Bildes noch die zum Teil einseitige Beschriftung der Bilder veranlasst hatte. Das Gericht stellte deshalb fest, dass der Wahrheitsbeweis in keiner Weise geübt sei. Dennoch billigte es dem Verleumder mildere Umstände zu.

SPD. In wenigen Wochen finden wiederum die Kirchenwahlen statt. Nazi-Partei und Nazipresse rüsten hierzu seit Monaten. Von Woche zu Woche verstärkt sich ihre Propaganda mit dem Ziel, in den kommenden Kirchenvertretungen eine Nazi-Mehrheit zu schaffen.

Wer die Wahlziffern und die soziologische Struktur der Naziwähler kennt, der weiss, dass die Eroberung der protestantischen Kirche durch Hitler kein utopischer Gedanke ist. Es ist auch kein Zufall, dass protestantische Länder wie Mecklenburg, Oldenburg und Anhalt Nazimajoritäten bei den letzten Landtagswahlen ergeben haben und auch in dem protestantischen Ostpreussen die Hitlerstimmen teilweise 50 Prozent der Wähler und mehr betragen. In der protestantischen

Kirche selbst und durch zahllose protestantische Geistliche sind den Braunen Häusern äusserst geschickte und vor allem auf Frauen wirksame Agitatoren entstanden. Selbstverständlich, dass auch ein guter Teil dieser kirchlichen Kreise eine Nazimehrheit bei den kommenden Kirchenwahlen ersehnt und dafür wirbt. Die Gefahr droht, dass der Nazigeist die gesamte evangelische Kirche überschwemmt und ihr gewaltiger Machtapparat in die Hände der Nazipartei gelangt.

Was dies kulturell und religiös für die Kirche und für das protestantische Preussen und Deutschland bedeuten würde, bedarf keiner Erläuterung. Es ist der Theoretiker und geistige Instruktor des Braunen Hauses, der in seinem Buch die Bibel als eine Geschichte von Zuhältern und Viehhändlern bezeichnet, und wie auch der Einzelne zur Religion und zum Christentum stehen mag, dieser "Geist" eines Rosenberg zeigt zur Genüge, was eine Nazimehrheit für die Kirche bedeuten würde. Es ist jener "Geist", der die Beuthener Mörder als liebe Kameraden und nationale Helden feiert und ihre Tat als Ausdruck höchster Sittlichkeit und patriotischen Mut feiert gegenüber "undeutschen Untermenschen". Ob in der Kirche oder fern von der Kirche: wer ihr angehört und wer je einen Hauch vom Wesen wahrer Religiosität und lutherischer Kraft und Reinheit empfunden hat, für den ist es die höchste Pflicht, das Werk Luthers und die protestantische Kirche nicht in die Hände von Mördern und Barbaren fallen zu lassen.

Für die sozialistische Arbeiterbewegung und für jeden Arbeiter wäre aber die Eroberung der protestantischen Kirche auch vom Gesichtspunkt des Klassenkampfes und der Arbeiterklasse ein schwerer, nicht zu unterschätzender Schlag. Hitler, das ist der Faschismus in seiner brutalsten Form und die blutigste Reaktion. Der Einfluss der Kirche auf das gesellschaftliche und soziale Leben und die Kirche als Machtinstrument des kapitalistischen "ordnungs" - wer will verkennen, was gar eine Nazi-Kirche für die arbeitenden Klassen bedeutet?

Deshalb muss an alle Sozialisten und Republikaner der Ruf ergehen, das Spiel der Nazis zu durchschauen und ihren Kirchenplänen mit aller Kraft entgegenzuwirken. Die Nazis rechnen mit der durchaus berechtigten Kirchenfeindlichkeit weiterer Kreise der Arbeiterschaft. Deshalb glauben die Braunen Häuser den Wahlsieg jetzt schon in der Tasche zu haben. Was wir aber auch gegen die heutige Führung und den heutigen Geist der protestantischen Kirche zu sagen haben, wir dürfen dieses feine und ausserordentlich einflussreiche gesellschaftliche Instrument nicht in die Hände der Hitler, Rosenberg und Goebbels fallen lassen. Ob Freidenker oder religiöser Sozialist; wer in der Kirche ist und das Wahlrecht besitzt, muss es gegen die Nazis ausüben.

SPD. Königsberg, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit den Königsberger nationalsozialistischen Schandtaten in der Woche nach der Reichstagswahl ist in Elbing ein Kaufmann Paul Zaremba verhaftet worden. In Osterode wurden drei Nationalsozialisten festgenommen, die im Verdacht stehen, eine auf dem Koenitzter Heldenfriedhof aufgestellte 15-Zentimeter-Granate gestohlen zu haben. Alle drei sind ferner dringend verdächtig, in der Provinz Ostpreussen zahlreiche Sprengstoff-Attentate verübt zu haben.

Der inzwischen verhaftete nationalsozialistische Rittergutsbesitzer von Perbandt unterhielt zu den Königsberger Verbrechern enge Beziehungen. Am 1. August fand in Langendorf in Gegenwart des Herrn von Perbandt eine Nazi-Führerbesprechung statt, zu der sich zahlreiche Personen in zwanzig Automobilen und Motorrädern eingefunden hatten. Acht Tage später tauchten plötzlich zwei unbekannte Leute im Alter von 25 Jahren auf, die nationalsozialistische Abzeichen trugen und sich zunächst zwanglos im Dorf bewegten. Als sich die Nachforschungen der Königsberger Kriminalpolizei nach den Attentätern vom 1. August ausdehnten, verschwanden die beiden Leute plötzlich. Es ist festgestellt worden, dass sie sich im Schloss des Herrn von Perbandt aufhielten.

SPD. Am Freitag beschäftigte sich der Polizei-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags mit den Vorfällen bei der Skagerrak-Kundgebung in Berlin. Während dieser Verhandlungen kam es zu lebhaften Zwischenfällen und Diskussionen zwischen Nazis, Sozialdemokraten und Zentrum. Es ergab sich zunächst die ausserordentlich charakteristische Tatsache, für das mit diesem Ausschuss beabsichtigte Nazi-Theater, dass der Nazi-Berichterstatter nicht ein einziges amtliches Aktenstück zur Grundlage seiner Darstellung genommen hat. Die "Objektivität" dieses von der Nazi-Fraktion veranlassten Ausschusses wird dadurch erhellt, dass der Bericht des Nazi-Berichterstatters über die zur Debatte stehenden Vorfälle aus Artikeln der Nazipresse zusammengestellt ist. Dagegen protestierte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hamburger, der dieser Untersuchung und Verhandlung zugleich jeglichen Wert abtritt. Auch die Vertreter des Zentrums kennzeichneten mehrfach das nationalsozialistische Komödienspiel.

Der sachliche Teil der Vorstellung ergab durch die Vernehmung dreier Berliner Polizeioffiziere, dass die Berliner Nazis am 31. Mai, dem Gedenktag von Skagerrak, Tausende ihrer Anhänger zu einer Demonstration in jene Strassen be stellt hatten, durch die die Skagerrak-Wache zog. Diese Demonstranten haben sich nicht nur damit begnügt, in der Banmeile mit gewaltigem Geschrei für Hitler zu demonstrieren und die Polizei zu beschimpfen und tätlich zu bedrohen. Sie haben auch mehrfach versucht, die Polizeiketten zu sprengen und die Polizei anzugreifen. Dagegen haben sich die Polizisten gewehrt und die Angreifer mit den Gummiknüppel dort zurückgeschlagen, wo es mit Worten nicht ging. Damit hatte die Naziführung ihren Zweck erreicht und die beispiellose Hetze gegen Severing, Grzesinski und den Berliner Polizeikommandeur Heimannsberg konnte beginnen.

Der Ausschuss des Landtages hat die Skagerrak-Angelegenheit auf Dienstag vertagt. Indessen sucht das Berliner Naziorgan neue Zeugen durch fettgedruckte "Aufforderungen".

SPD. Paderborn, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

In dem Paderborner Nazi-Prozess stellte der Staatsanwalt am Freitag die Strafanträge: Er beantragte gegen Dr. Linden wegen vollendeten Totschlags, Waffen misbrauchs, Bewaffung zu politischen Zwecken und gemeinsamer schwerer Körperverletzung eine Gesamtzuchthausstrafe von 10 Jahren und 5 Jahre Ehrverlust, gegen die übrigen 13 Angeklagten wegen Waffenmisbrauchs, Bewaffung zu politischen Zwecken, Beteiligung am Raufhandel und gemeinschaftlicher schwerer Körperverletzung Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren. Sämtliche beschlagnahmten Waffen sollen eingezogen werden. Das Urteil ist frühestens am Montag abend zu erwarten.

Vor dem Plädoyer des Staatsanwalts stellte der Gerichtsarzt fest, dass bei Linden von einer Morphiumsucht nicht die Rede sein könne, er ein geistig normaler Mensch sei und seine freie Willensbildung nicht gehindert wäre.

SPD, Genf, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die Vermutungen über eine Hinausschiebung des Wiederzusammentritts des Büros der Abrüstungskonferenz haben sich nicht bestätigt. Nach einer telegraphischen Verständigung zwischen dem Generalsekretär des Völkerbundes und dem Konferenzpräsidenten Henderson ist das Büro am Freitag auf den 21. September einberufen worden.

Die deutsche Regierung wird also schon sehr bald vor die Frage gestellt, ob sie bereits diesen Bürositzungen fernbleiben will, in denen auch über die Behandlung des deutschen Gleichberechtigungsanspruchs verhandelt werden soll.

SPD. London, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die englische Diplomatie hat mit einiger Ueberraschung erfahren, dass die französische Antwort auf das deutsche Memorandum in der Abrüstungsfrage ohne vorherige Beratung mit dem Londoner Auswärtigen Amt erteilt worden ist. Der englische Aussenminister hat deshalb mit dem französischen Botschafter in London eine Unterredung. Amtlich wird darüber u.a. mitgeteilt, dass die französische Antwort dem englischen Auswärtigen Amt nicht zum Zwecke der Beratung sondern nur zum Zwecke der Information übermittelt worden ist.

SPD. Angesichts der Befürchtungen, dass auf den Viehmärkten in den nächsten Wochen mit einem stärkeren Preiarückgang gerechnet werden muss, hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Frischfleischverbilligung vom vorigen Jahr wieder aufleben zu lassen. Das Fleisch soll für Arbeitslose, Sozialrentner usw. um 20 Pfennige pro Pfund verbilligt werden. Vorläufig wird die Finanzierung für die Monate Oktober und November aus Mitteln erfolgen, die das Reichs Ernährungsministerium zur Verfügung stellt.

SPD. Köln, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

In einer Besprechung der letzten Münchener Zirkusrede Adolf Hitlers schreibt die "Rheinische Zeitung":

"Während Hitler tobt, wird hinter den Kulissen die Monarchie vorbereitet und der Exkronprinz Wilhelm als Kronprätendant in Aussicht genommen. In Kreisen der Deutschnationalen, des Stahlhelms und anderer Monarchisten rechnet man mit der grossen Wendung innerhalb weniger Monate. Man kalkuliert, dass die rasch aufeinanderfolgenden Reichstagsauflösungen, die wachsende Wirtschaftsnot und die zunehmende aussenpolitische Isolierung sehr krisenhafte Zuspitzungen mit sich bringen werden. Es sei wahrscheinlich, dass der Reichspräsident, der unter keinen Umständen zu den Verfassungsbrüchen zu bringen sei, die zur Meisterung der Lage notwendig werden würden, sich zum Rücktritt entschliesst. Dann sei die Bahn für ein "Volkakaisertum" frei, für die Umwandlung der Republik in eine Monarchie durch Volksabstimmung. Manches, was in der Politik gewisser führender Männer jetzt abenteuerlich zu sein scheint, wird verständlich, wenn man es aus dem Hintergrunde solcher Möglichkeiten würdigt. Nennenswerte Schwierigkeiten aus dem nationalsozialistischen Lager erwartet man nicht. Entweder würde der weisse oder schwankende Hitler für die monarchistische Idee durch entsprechende Zusagen an die Macht- und Futterkrippenbedürfnisse seiner Partei eingefangen oder durch einen Führerwechsel werde der weitaus grösste Teil der im Grunde monarchistisch gesinnten Nazis für die Wiederaufrichtung der Monarchie eingefangen werden. Die kommende Reichstagswahlbewegung muss also schon unter die Losung gestellt werden: Gegen die Wiederkehr der Hohenzollern, die uns in Krieg und Niederlage und Bankrott hineingeführt haben und dann ruhmlos und feige desertiert sind."

SPD. Weil das kommunistische Zentralorgan die Reichswehr ein Instrument gegen das Volk genannt hat, wurde die "Rote Fahne" für einen Monat verboten. Wenn die Nazipresse mit dem gleichen Mass gemessen wird, wissen wir nicht, an welchem fernem Tag das Berliner Naziblatt wieder erscheinen könnte. Denn was Goebbels am Freitag unter eigener Namenszeichnung der Regierung Papen zuwirft, übertrifft alle Dreckschleudern, die je von diesem kleinen Gernegross und Wichtigmacher gehäuft worden sind.

Jahrelang hat dieser Schmierfink und Gewaltanbeter gegen "das System" gehetzt und geputacht. Den Sturz Brüning's und den 20. Juli haben Goebbels und Konraden als ihren persönlichsten Erfolg bejubelt und gefeiert. Mit Papen,

Gayl und Schleicher haben sie Bröderküsse getauscht und sie haben sie toleriert. Gegen die erste furchtbare Notverordnung haben die Salzsteuersoldaten ihre Uniform eingetauscht.

Jetzt aber, bei der Verteilung der Posten, Ämter und Ministersitze fühlen sie sich betrogen. Hitler schimpft und geifert wie der Insasse einer Kaltwasserheilstadt, indes er mit demselben Brüning und mit derselben Partei kühn handelt und schachert, denen er ehemals Tod und Verderben geschworen hatte.

"Erschleicherei der feudalen Kavaliere vom Herrenklub" ruft am Freitag Goebbels. Spiegelfechtere sei das Getue der feudalen Clique, der es nur um die Posten und Pfründe gehe. "Sie legen sich gemächlich in das Bett, das wir gemacht und setzen sich an den Tisch, den wir gedeckt haben. Das ist der nackteste, gemeinste und unanständigste Eigennutz, den es je gegeben hat" und klagend ruft Goebbels angesichts solchem "Gesinnungspacks", es erschiene ihm sauberer "mit der SPD zu kämpfen".

Und warum? Weshalb das Gebrüll und Geschimpf? Um der neuen Hungernotverordnung der Barone? Aus Mitleid und Jammer über die schlimmste soziale und politische Entrechtung, die je über ein Volk gekommen ist? Nein, all das Gezeifer und Toben der Hitler und Goebbels geht um die vorenthaltenen Ministerposten, um die Ämter und Einkünfte, auf die sie pochen, weil sie es gewesen seien, die sie freigemacht haben!

SPD. Warschau, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die Streikwelle in Polen scheint abzuflauen. In der polnischen Petroleum-Industrie in Ostgalizien beginnen am Sonnabend durch Vermittlung der Regierung Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Auch der Streik in den ostoberschlesischen Hütten geht zu Ende. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich auf eine schiedsgerichtliche Entscheidung geeinigt.

In der Lodzer Textilindustrie hat der Streik dagegen schärfere Formen angenommen. Die Arbeiter der vier grössten Lodzer Unternehmen haben die Fabrikgebäude verlassen und fordern die sofortige Zurückziehung der angekündigten 15 Prozent Lohnsenkung. Die Arbeitgeber zeigen sich jedoch nach wie vor unnachgiebig.

SPD. Paris, 9. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die französische Regierung hat es bisher unterlassen, irgendeine amtliche oder halbamtliche Äusserung über ihre Absichten hinsichtlich der Schuldenregelung mit Amerika bekanntzugeben. Entgegen den Mitteilungen des "Echo de Paris", dass Frankreich ein Teilmoratorium zu erklären gedenke, meldet am Freitag der "Intransigeant", Frankreich werde dem Beispiel Englands folgen und auf ein Moratorium keinen Anspruch erheben. Heriot wolle erst später die völlige Annullierung der Schulden fordern. Er würde mit dieser Taktik klar den Willen der französischen Regierung unterstreichen, dass die Frage der interalliierten Schulden unbedingt von der Frage der Reparationen abhängig gemacht werden müsste.

Aus aller Welt

Falscher Sohn - echter König?

Merkwürdige Begebenheiten am Rande der Zeit - Das Rätsel des Gefangenen Daubmann - Witte, der Herrscher von Albanien.

SPD. Im Mai dieses Jahres hatte die sonst so stille Stadt Endingen am Kaiserstuhl ihre Sensation: nach 16jähriger Gefangenschaft und abenteuerlicher Flucht war der ehemalige Soldat Oskar Daubmann erschöpft und erschüttert aus Innerafrika zu seinen Eltern zurückgekehrt. Die Eltern hatten längst mit dem Tod ihres Sohns, der in den Verlustlisten als vermisst verzeichnet war, fest gerechnet. Sie erkannten ihn nicht wieder, aber sie wagten ihrem Glück nicht zu misstrauen. Amtliche Stellen zweifelten schon damals, ob "Daubmann" Daubmann sei; zumindest wussten sie nicht, ob die Berichte seiner abenteuerlichen Erlebnisse der Wahrheit entsprächen. Die Stimmen des Zweifels wurden indes nur leise weitergetragen und rasch vom Lärm des Nationalismus, der diesen Fall begierig aufgriff, übertönt. Die Rechtspresse, die, getreu ihrer Tradition, das Ergebnis der amtlichen Untersuchung nicht abwarten konnte, liess ihren Hassgefühlen gegen Frankreich, das angeblich einen deutschen Gefangenen widerrechtlich zurückgehalten und misshandelt habe, freien Lauf. Die Nationalsozialisten veranstalteten regelrechte Wallfahrten nach Endingen. Daubmanns Unglück, von dem man, trotz dieses und jenes Zweifels, allgemein überzeugt war, wurde zum politischen Geschäft. Die Ruhe, der der Rekonvaleszent auf alle Fälle bedurfte, wurde durch hurrapatriotisches Geschrei taktlos gestört.

Und nun erklärt das französische Aussenministerium, das an der Klärung des Falles begreiflicherweise grosses Interesse besitzt, dass nach genauen Nachforschungen die Wahrhaftigkeit von Daubmanns Angaben bestritten werden müsse. Weder in den in Frage kommenden Archiven des Gesundheitsdienstes und des medizinischen Auskunftsbüros, noch in den Archiven der Militärgefängnisse und Gerichte von Lille, Amiens, Rouen, Avignon und Marseille, noch in den französischen Besitzungen Nordafrikas sei eine Spur von Daubmann aufgefunden worden. Aber merkwürdigerweise lässt auch das von der badischen Regierung dem deutschen Auswärtigen Amt zugestellte Protokoll eine Reihe von Zweifeln offen. Das Protokoll ist am Freitag der Öffentlichkeit übergeben worden: es beginnt mit der Schilderung der Somme-Schlacht am 21. Oktober 1916; Daubmann hatte einen Stich in die Magengegend erhalten, seine Kameraden hielten ihn, nach seinem Bericht, für tot. Das Protokoll hat die Länge eines Romans, es liest sich auch so spannend. Die Erlebnisse in algerischen Zuchthäusern, der Marsch durch Wüste und Urwald - nichts ist ausgelassen. Aber da, wo die Nachprüfung am schnellsten möglich war, hat Daubmann die Öffentlichkeit getäuscht. Er erzählt, dass er am Ende seiner Flucht auf einem italienischen Schiff von Tunis nach Palermo gefahren sei, dass er aber den Namen des Schiffes verschweigen müsse, weil er den Kapitän, der ihn angeblich umsonst mitnahm, nicht verraten dürfe. Er wies stattdessen eine Postkarte vor, auf der das betreffende Schiff abgebildet sei; der - durch Wegradieren unerkennbar gemachte - Absender der Karte sei ein Mitglied der Schiffsbesatzung. Die badischen Behörden sind der Sache nachgegangen. Das geheimnisvolle Postkarten-Schiff ist kein italienisches, sondern ein deutsches; Daubmann wollte in diesem Schiff von Tunis nach Hamburg mitfahren, wurde aber durch einen Steward im Auftrag des Kapitäns abschlägig beschieden; jener Steward ist der Absender der Karte.

So viel steht also jedenfalls fest =: dass noch gar nichts feststeht. Vielleicht ist Daubmann wirklich der Sohn der Endinger Familie Daubmann. Möglich wäre, dass er seinerzeit desertierte und nun, begreiflicherweise um seine Rehabilitierung bemüht, den Roman erdachte, den er für Wahrheit ausgibt. Vielleicht ist der echte Daubmann wirklich gefallen; ein anderer, der seine Verhältnisse gut kannte, schleicht sich an seine Stelle. Was auch als Wahrheit ans Licht kommen mag: ebenso gross wie ihre Sensation dürfte ihre Tragik sein. Und auf alle Fälle wäre seinerzeit weniger Lärm eine würdigere Empfangsmusik gewesen.

+

"Die Sache mit Witte" ist ebenfalls nur schwierig nachzukontrollieren, aber in diesem Falle erscheint die Kontrolle nicht so wesentlich. Herr Witte ist der Gegenstand der neusten Sensation von Berlin-N. Staunenden Rummelplatzbesuchern zeigt er sich seit Donnerstag=Abend zwischen Degen=schluckern und Feuerspeiern als "Exkönig von Albanien". Dass er es für einige Tage angeblich im Jahre 1913 gewesen sei, behauptet er im übrigen schon seit langem; der Ruhm, den er sich damit erwarb, brachte ihm im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl sogar 23 000 Unterschriften ein; freundlicherweise hat er dann zugunsten Hindenburgs "verzichtet". Wäre er gewählt worden, hätte er sich, wie weiland Herr Winter aus Jena, zeitweilig vertreten lassen müssen; verbrachte der fast sechzigjährige doch eben erst einige Tage in Polizehaft, weil er sich vor dem Amtsgericht in Köthen (Anhalt) wegen Betrug zu verantworten hatte. Er wurde allerdings, bei seiner königlichen Ehre sei es festgestellt, freigesprochen.

Witte, Sohn eines Schaubudenbesitzers, machte schon als Kind eine Tournee durch Italien, später mit kleinen Zirkussen Fahrten durch Europa; Zauber-künstler, Fakire, Feuerschlucker waren seine Lehrmeister. Aus Europa wird die Welt; das Gauklerleben führt bis nach Afrika und Indien. Ein Zwischen-spiel in der französischen Fremdenlegion endet mit der Flucht aus ihr. Wenn wahr ist, was Otto Witte seinen Bewunderern weiter erzählt, raubte er aus einem Harem die von Mädchenhändlern entführte Braut eines spanischen Kaufmanns; neue Gefangenschaft - neuer Ausbruch - Arbeit als Hafearbeiter, als Artist - Dienst als Soldat. In den Balkankriegen avanciert er zum Offizier der türkischen Armee; Sprachkenntnisse machen aus ihm einen tichtigen Spion. Und nun der Höhepunkt; als Albanien selbständig wurde, liess er sich in Durazzo mit gefälschten Telegrammen als Prinz Said Halim Pascha, einen damals bekannten albanischen General, ankündigen und am 15. Februar 1913 zum König von Albanien ausrufen. Nach fünf Tagen merkten die guten Albaner, dass ihr König gar kein richtiger König zu sein scheint. Er merkt auch, dass die anderen etwas merken und - flüchtet in Bauernkleidern über die Grenze. Seitdem ist dem Artisten Otto Witte sein Königtum nur noch eine schöne Erinnerung und, gelegentlich, ein kleiner Verdienst auf Rummelplätzen. Demnächst soll über seine Erlebnisse ein Buch erscheinen.

Das Buch "Witte" wird sich heiterer lesen als das Protokoll von Endingen. Es ist das Dokument einer harmloseren Zeit.

+

+

+

Doppelmord. In einer südmarokkanischen Militärstation erschoss ein Unteroffizier in der Trunkenheit zwei Offiziere. Der Täter wurde festgenommen.

+

+

+

Geburtstags-schlacht. In Samplatten (Ostpreussen) endete eine feuchte Geburtstagsfeier mit einer heftigen Prügelei. Die beiden Hauptkämpfer wurden durch Stockschläge und Messerstiche tödlich, sieben Personen zum Teil lebensgefährlich verletzt.

+

+

+

37 Arbeiter getötet! Bei einer Kesselexplosion auf der in New Yorker Hafen verkehrenden privaten Dampffähre "Observation", wurden 37 Arbeiter getötet und 100 schwer verletzt. Die Arbeiter, zumeist Maurer, waren auf der Fahrt zu ihrer Arbeitsstätte, einem Zuchthausneubau. Es ist zu befürchten, dass die Zahl der Todesopfer sich noch erhöht.

Das Schreckenssignal der Detonation hatte alle verfügbaren Fahrzeuge des New Yorker Hafens zur Katastrophenstelle gerufen; stundenlang schien der gesamte Hafenverkehr wie gelähmt. Die Feuerwehr barg eine Anzahl von Leichnamen, die durch die Wucht der Explosion auf die Dächer der Hafenschuppen, Zoll- und Lagerhäuser geschleudert worden waren. Die Verunglückten, die von den Rettungswagen in die Hospitale gebracht wurden, hatten fast durchweg Verbürhungen durch kochendes Kesselwasser erlitten. Da sich die Katastrophe in der Nähe des Piers abgespielt hatte, umstanden Tausende das Ufer, unter ihnen, in banger Spannung, zahlreiche Angehörige der Opfer.

Patient als Mörder. Der Hautarzt Dr. Boes in Halle wurde am Freitag während seiner Sprechstunde erschossen. Der Täter, der vor Alarmierung der Polizei flüchten konnte, hatte sich dem Arzt als Patient vorgestellt. Das Motiv des Verbrechens ist unbekannt.

Suche nach Boche. Als wahrscheinlicher Mörder der 80jährigen Laura Steusloff in Perleberg (Mark) wurde der 22jährige wiederholt vorbestrafte Erwin Boche ermittelt. Boche soll am Montag Frau Steusloff aufgesucht haben. Des nachts wurde er von ihr vermutlich beim Stehlen überrascht. Steckbrief ist erlassen. Auf die Ergreifung des Täters stehen 1000 Mark.

Der verseuchte Strom. In Thorn sind 15 Personen an Thyphus erkrankt. Vermutlich ist die Seuche durch Unsauberkeit der Weichsel hervorgerufen worden.

Für Gumbel! Eine Reihe hervorragender deutscher Universitätsprofessoren und Gelehrten hat dem badischen Staatsministerium eine Erklärung zum Fall Gumbel, den sie als Fall der Republik empfinden, weil sie in ihm in erster Linie ein Opfer der Nationalsozialisten und ihres Anspruchs auf Beherrschung der Hochschulen sehen. Die protestierenden Professoren geben die Befürchtung Ausdruck, dass die Entfernung Gumbels "nur den Anfang einer allgemeinen Säuberung der Hochschulen von allen Republikanern darstellen würde."

Sondergericht: Gefängnis. Von der ersten Strafkammer des Sondergerichts Berlin wurde der Schlosser Georg Heyer "wegen unbefugten Waffenbesitzes zum Zwecke von Gewaltanwendung" zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Heyer hatte bei einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten Schreckschüsse auf die Erde abgegeben. Ein Mitangeklagter Bäckergehilfe wurde freigesprochen.

Kindertragödie. In Königsbach/Baden wurde ein 10jähriger Knabe erhängt aufgefunden. Sein Vater hatte ihn beschuldigt, fünf Pfennig unterschlagen zu haben.

Der Marsch des Malers. Unter den vielen Methoden, die die Menschen finden, um die eigene Not in die Öffentlichkeit zu signalisieren, erregte die eines Wiener Malermeisters Aufsehen: er legte die etwa 200 Kilometer lange Strecke Wien - Graz auf seiner Malerleiter zurück.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Was wird im Ruhrbergbau?

SPD. In Essen fanden am Freitag die ersten Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden zur Neuregelung des Mehrarbeitsabkommens und des Lohn tariffs statt. Das Mehrarbeitsabkommen ist von den Gewerkschaften, der Lohn tariff von den Arbeitgebern gekündigt. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos. Der Termin für die weiteren Verhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters steht noch nicht fest.

In der Arbeitszeitfrage hat der Zechenverband beantragt, an der jetzigen Arbeitszeit von 8 Stunden untertage und an den entsprechenden Bestimmungen für die Arbeitszeit übertage im wesentlichen festzuhalten. Die Arbeitszeit untertage und an den heissen Betriebspunkten müsse im Manteltarif, dessen Arbeitszeitbestimmungen zur Zeit ja ebenfalls abliefen, geregelt werden, während die Bestimmungen für die Arbeitszeit übertage dem besonderen Mehrarbeitsabkommen zu überlassen seien. Die Gewerkschaften forderten demgegenüber eine ausschliessliche Regelung im Rahmentarif und zwar, in der Form, dass untertage eine Schichtdauer von 6½ Stunden, übertage eine solche von 6 Stunden und 40 Minuten festgesetzt werden soll, wobei die Möglichkeit zu geben wäre, an fünf Tagen eine Achtstundenschicht zu verfahren.

In der Lohnfrage wiederholte der Zechenverband seine Forderung, die Lohnregelung den unterschiedlichen Verhältnissen der 160 Schachtanlagen des Ruhrbergbaus besser anzupassen. Diese Forderung geht dahin, die heutigen Tariflöhne um 12% zu senken, wobei jedoch unter Gewährung von Ueberverdiensten über die tariflichen Mindestsätze hinaus eine Unterschreitung des im Juni 1932 erzielten durchschnittlichen Leistungslohnes um mehr als 3% verhindert werden soll. Mindestens zwei Drittel der Gesamtbelegschaft soll angeblich bei dieser Regelung in ihrem Lohn nicht schlechter gestellt werden als heute.

Die Kündigung der Mehrarbeit durch die Bergarbeitergewerkschaften war in einem Teil der Presse lediglich als taktischer Schachzug gewertet worden. Es wurde die Meinung vertreten, die Bergarbeiterorganisationen hätten die Mehrarbeit nur gekündigt, um bei den Lohnverhandlungen über ein Kompensationsobjekt verfügen zu können. Nichts ist irriger und falscher als eine solche Auffassung.

In nicht allzu ferner Zeit wird auf einen Ruhrbergmann die gleiche Leistungsmenge entfallen wie auf zwei vor einigen Jahren. Dieser Tatbestand zwingt angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit zu einer Verkürzung der Arbeitszeit, d.h. zu einer systematischen sozial gerechten Verteilung des vorhandenen Arbeitsquantums.

Infolge der Steigerung des Schichtförderanteils und der wiederholten Lohnkürzungen bewegt sich heute der absolute Lohnanteil im Bergbau trotz des unveränderten Geldwertes erheblich unter dem Stand der Vorkriegszeit. Der Rückgang der Gesamtlohnsumme von 99,3 Millionen auf 37,8 Millionen Mark im Monat hat die Geschäftstätigkeit im Ruhrbezirk erheblich gedrosselt und weite Bevölkerungsschichten in Mitleidenschaft gezogen. Trotz des furchtbaren wirtschaftlichen Tiefstandes wollen nun die Unternehmer einen neuen Lohnabbau.

SPD. Die Eisenbahnerorganisationen hatten am Freitag eine Besprechung mit dem Reichsverkehrsminister über die Abbaupläne der Reichsbahn. Der Minister teilte mit, dass mit der Hauptverwaltung im Sinne der Forderungen der Gewerkschaften zur Vermeidung der geplanten Entlassungen verhandelt worden sei. Ein abschliessendes Ergebnis liege im Augenblick noch nicht vor. Der vorläufige Abschluss der Verhandlungen mit der Reichsbahnhauptverwaltung sehe im wesentlichen folgendermassen aus:

Die Reichsbahn-Hauptverwaltung verfüge auf Grund der ihr im nächsten Jahr zufallenden Steueranteilscheine ab November über etwa 130 bis 140 Millionen Kapital. Das gebe ihr die Möglichkeit, Bahnunterhaltungsarbeiten, die zurückgestellt werden sollten, nun doch in Angriff zu nehmen. Die Reichsbahn-Hauptverwaltung habe sich bewegen lassen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Sie sei bereit, zunächst ab 1. Oktober mit Umbauten zu beginnen und zwar in einem Umfang, dass dadurch etwa 12 000 Arbeiter für die Zeit von zwei Monaten Beschäftigung erhalten.

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der Reichsbahn-Hauptverwaltung werden, wie der Minister versicherte, weitergeführt, sobald der Generaldirektor Dr. Dorpmüller nach Berlin zurückgekehrt sein wird. Die Vertreter der Organisationen machten im Verlauf der Besprechung den Verkehrsminister nochmals darauf aufmerksam, dass auch auf dem Weg der Arbeitszeitverkürzung die Reichsbahn etwas zur Vermeidung der drohenden Entlassungen tun könne und müsse.-

Der Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dorpmüller weilt zur Zeit in Genf, er führt dort den Vorsitz im Studienkomitee für die Frage der öffentlichen Arbeiten. Man darf wohl annehmen, dass Dr. Dorpmüller von Genf, wo er für die Förderung der internationalen Arbeitsbeschaffung tätig ist, mehr Bereitschaft für die heimische Arbeitsbeschaffung mitbringt, als sie bisher die Hauptverwaltung gezeigt hat. Wohltätigkeit beginnt, wie die Engländer sagen, zu Hause, und wir sind sicher, dass ein Mann wie Dr. Dorpmüller es schmerzhaft und peinlich empfindet, wenn er in Genf über internationale Probleme der Arbeitsbeschaffung verhandeln muss und zu Hause seine Eisenbahner auf die Strasse setzen soll. Gewiss wird der Generaldirektor auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung von Genf, wo ja in Kürze der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes gerade dieses Problem der Arbeitsbeschaffung und -erhaltung von neuem anpacken wird, neue Impulse mitbringen. Die Arbeitszeit bei der Reichsbahn passt herzlich schlecht zu den Arbeitszeitverkürzungsbestrebungen, die sich heute in der ganzen Welt regen, und die zweifellos im Zug der Zeit liegen. Das Volk kann es auch absolut nicht verstehen, wie der grösste Arbeitgeber Deutschland 50 000 Arbeiter abbauen will, wenn 62% der Belegschaft bei der Reichsbahn 54 bis 57 Stunden pro Woche arbeiten.

Schliesslich darf man erwarten, dass ein Mann wie Dr. Dorpmüller, der auf internationalem Parkett zu verhandeln gewohnt ist, mehr Fingerspitzengefühl besitzt, als bisher so manche Männer des neuen Kurses verraten haben. Unter den Tausenden von Eisenbahnarbeitern, auf denen die Furcht vor dem Arbeitsloswerden lastet, sind viele, die bis zu 35 Jahren bei der Reichsbahn beschäftigt waren. Diese Leute haben aus eigenen Mitteln unter schwersten Opfern die bei der Reichsbahn vorhandenen sozialen Einrichtungen wie Betriebskrankenkasse und Arbeiter-Pensionskasse B mit aufgebaut. Sollen diese Arbeiter die doch alle diese Opfer nur gebracht haben, weil sie glaubten, sie hätten bei der Reichsbahn in ihrem Leben ein gesichertes Brot, nun mit der Entlassung die Rechte an den sozialen Einrichtungen verlieren? Der soziale Gedanke, den der Reichspräsident bei den neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Massnahmen gewahrt haben will, wird so nicht gewahrt.

SPD. Die Gefahren, die der neue tarifpolitische Kurs der Reichsregierung heraufbeschworen hat, treten besonders krass im mittel- und ostdeutschen Braunkohlenbergbau in Erscheinung. Dort haben die Arbeitgeber die Gehalts-tarife der technischen und kaufmännischen Angestellten gekündigt. Die ersten Parteiverhandlungen sind bereits gescheitert; neue Verhandlungen finden am 14. September in Halle statt. Schon die bisherigen Verhandlungen haben gezeigt, dass die Braunkohlenarbeitgeber aufs Ganze gehen wollen. Sie erklärten, Ende September sämtlichen Angestellten zwecks Abschluss von Einzeldienstverträgen zu kündigen, wenn die Gewerkschaften die gestellten Gehaltsabbauforderungen nicht annähmen.

Die Abbauforderungen der Arbeitgeber verschlagen einem direkt die Sprache. Herabsetzung der Grundgehälter um 5 bis 15% und der Dienstalterszulagen um die Hälfte, Kürzung der sozialen Zulagen um 10 Prozent - also ein durchschnittlicher Abbau um etwa 18%! Stärkste Kürzung bei den unteren Gruppen, z. B. bei den technischen Aufsehern von 220 auf 170 Mark! Und das alles nachdem im Januar die Gehälter der Braunkohlenangestellten bereits um 15 Prozent gekürzt wurden, ganz zu schweigen von dem fast restlosen Abbau der Leistungszulagen. So sieht der neue soziale Gedanke der konservativen Staatsführung aus.

Die Erregung der Angestellten über die Tarifikündigung und die Abbauforderung ist umso grösser, als das Vorgehen der Arbeitgeber jeder sachlichen Begründung entbehrt. Kaum ein zweiter Industriezweig hat sich als so krisenfest erwiesen wie die Braunkohle. Bei der Mehrzahl der grossen Braunkohlengesellschaften haben die Dividendenzahlungen überhaupt keinen Rückgang erlitten, und die Braunkohlenaktien gelten an der Börse als höchst bevorzugte Werte. Die Rationalisierung hat dem Braunkohlenbergbau grosse Vorteile gebracht; ungefähr 50% der Arbeiter und Angestellten wurden entlassen; die Leistung ist enorm gestiegen, der Lohnanteil beträchtlich gefallen. Im laufenden Jahr ist nur ein ganz geringfügiger Produktionsrückgang eingetreten. Auf der andern Seite sind die Haldenbestände in Briketts zum grössten Teil geräumt, sodass im Effekt im Laufe des Jahres eine Absatzvermehrung zu verzeichnen ist.

Alles in allem: der Braunkohlenbergbau steht finanziell gesund und im Verhältnis zu andern Industriezweigen sogar sehr gesund da. Auch auf bürgerlicher Seite wird das nicht bestritten. Es liegt also überhaupt kein Grund vor, die schon gekürzten Gehälter der Braunkohlenangestellten noch weiter abzubauen.

Aber so musste es kommen. Die Unternehmer, die am wenigsten einen Lohn- und Gehaltsabbau brauchen, melden sich zuerst. Sie stellen absichtlich unannehmbare Forderungen, weil sie - Verbindlichkeitserklärung soll es ja nicht mehr geben - so vom Tarifvertrag loszukommen glauben. Für das Vorgehen der Arbeitgeber gibt es nur eine Erklärung: die veränderte politische Lage. Die Braunkohlenherren glauben, sie können sich jetzt alles erlauben. Nur so zu! Noch ist nicht aller Tage Abend.

SPD. In London tritt am kommenden Dienstag der Internationale Bergarbeiterkongress zusammen. Im Mittelpunkt der Tagungen werden neben dem Tätigkeitsbericht des Internationalen Bergarbeiterkomitees vor allem die Frage der Arbeitszeit, die internationale Kohlenverständigung, die Abwehrmassnahmen gegen die Kriegsgefahr und die Erörterung der Lage im Eisenerzbergbau stehen.

Wirtschaft Technik Ganzen

Die Konferenz von Stresa.

Von Dr. F. Baade.

SPD. In Stresa ist zur Zeit eine internationale Konferenz für die Fragen der mittel- und osteuropäischen Wirtschaft versammelt, die als eine Art Generalprobe für die kommende Weltwirtschaftskonferenz angesehen wird. Diese Auffassung ist besonders auch von dem französischen Vorsitzenden der Konferenz Bonnet unterstrichen worden. Sie ist jedoch ganz abwegig und es muss ihr ganz entschieden widersprochen werden. Die Konferenz von Stresa ist - historisch betrachtet - ein Verlegenheitsprodukt. Bereits auf der Konferenz von Lausanne sollte neben der Reparationsfrage eine Regelung der internationalen Fragen in Angriff genommen werden, die sich in Verfolg der Weltwirtschaftskrise ergeben haben, insbesondere auch Fragen der internationalen Kreditpolitik, der Devisenbewirtschaftung und der Handelspolitik. Da die Konferenz von Lausanne jedoch vollkommen durch die Reparationsfrage absorbiert war, entschloss man sich, diese Fragen später zu behandeln. Dies sollte in Stresa vorbereitet werden und zwar mit der besonderen Zuspitzung auf die Probleme der mittel- und osteuropäischen Länder.

Schon heute lässt sich aber mit Bestimmtheit sagen, dass gerade die Fragen der internationalen Kredit- und Devisenpolitik in dieser besonderen regionalen Beschränkung nicht gelöst werden können. In der angelsächsischen Welt werden in dieser Beziehung grosse Hoffnungen auf die kommende Weltwirtschaftskonferenz gesetzt, insbesondere wünscht man eine Krisenbekämpfung durch systematische internationale Kreditexpansion. Von einer solchen Kreditexpansion unter der Führung der grossen Notenbanken erhofft man nicht nur eine Auftauung des eingefrorenen internationalen Kreditapparates, sondern auch eine neue Vertrauenswelle, welche die Weltwirtschaft ankurbeln kann und insbesondere eine Erhöhung des Preisniveaus. Diese Erhöhung des Preisniveaus wird in der angelsächsischen Welt von Regierung, Wissenschaft und Praxis im Gegensatz zu den deutschen Theorien von "Preis- und Lohnabbau" und der "notwendigen Deflation" als das wirksamste Mittel zur Krisenbekämpfung und -überwindung betrachtet. Der ziemlich sichere Misserfolg der Konferenz von Stresa sagt also gar nichts über die Aussichten der Weltwirtschaftskonferenz.

Das einzige Gebiet, auf dem die Konferenz von Stresa einigermaßen sachlich vorbereitet ist, ist das kontinentaleuropäisch-osteuropäische Agrarproblem. Hier ist eine Konferenz in Warschau vorausgegangen, bei welcher unter der Führung Polens die osteuropäischen Agrarstaaten ein gemeinsames Vorgehen in Stresa vereinbart haben. Das Ziel der Agrarstaaten läuft vor allem darauf hinaus, für ihre agrarischen Überschüsse, besonders für Getreide, in den europäischen Industrieländern einen bevorzugten Markt zu erhalten, insbesondere durch Präferenzen gegenüber den überseeischen Agrarländern und Sowjetrussland.

Auch auf diesem Gebiet darf man aber nicht mit zu hohen Erwartungen an die Konferenz herangehen, weil sich nämlich seit 1929, wo die heute in Stresa zur Diskussion stehenden Agrarfragen zum ersten Mal in der Debatte auftauchten, das agrarische Gesicht der Welt grundlegend gewandelt hat.

Die gesamte Weltwirtschaft steht heute unter dem Einfluss der Umkehrung des Malthus'schen Gesetzes. Die Bevölkerungsvermehrung der weissen Rasse geht viel langsamer vor sich als die Zunahme der Nahrungsmittelproduktion. Hieraus ergibt sich die unerbittliche Konsequenz, dass ein wesentlicher Teil der Weltagrarpromuktion stillgelegt werden muss, nicht nur durch Stilllegung von Boden und von landwirtschaftlichen Betrieben, sondern insbesondere auch durch Abstossung eines Teils der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung. Diese sehr schmerzliche Konsequenz versucht nun ein Land auf das andere abzuschieben. Jedes Land möchte seinen eigenen Boden möglichst in Kultur behalten und seine landwirtschaftliche Bevölkerung aufrecht erhalten. Da an der agrarischen Weltbilanz dadurch aber nichts geändert wird, dass einzelne Länder ihre Landwirtschaft schützen, so entstehen zwei Konsequenzen: Auf der einen Seite wird die Notwendigkeit zur landwirtschaftlichen Produktionseinschränkung immer einseitiger auf die unglücklichen Ueberschussländer verlagert, welche sich nicht mit Zöllen oder Monopolen schützen können, sondern die Weltmarktpreise hinnehmen müssen. Auf der anderen Seite aber verringert sich durch die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft in den Zuschussländern immer mehr der Kreis der Zuschussgebiete.

Der Weltagrarmarkt, um den die Exportländer konkurrieren, wird also immer enger. Er besteht immer ausschliesslicher in dem englischen Zuschussbedarf. England wächst dadurch in die Rolle des einzigen Käufers auf dem Weltagrarmarkt hinein und es benutzt diese Monopolstellung nicht nur, um seinen Zuschussbedarf zu sehr niedrigen Preisen zu kaufen, sondern um Sondervorteile für seinen Industrieexport herauszuholen. Die englischen Dominions, Südamerika und Sowjetrussland kämpfen um diesen englischen Markt. Die Konferenz von Ottawa war ein erster Schritt zur politischen Aufteilung dieses Marktes im Dienste der englischen Imperiumspolitik. Osteuropa kommt dabei immer stärker ins Gedränge. Es war wirklich ein ziemliches Stück Zynismus, wenn auf der Konferenz von Stresa der englische Gesandte Addison als das einzige Hilfsmittel die Beseitigung der Einfuhrschwierigkeiten und die Herabsetzung der Zölle bezeichnete. Mit Recht musste er sich hierfür scharfe Worte des rumänischen Delegierten gefallen lassen.

So wie England die Monopolstellung seines agrarischen Zuschussbedarfs als handelspolitische Waffe benutzt, so müssen aber auch andere Länder, insbesondere Deutschland, bei der Verteilung ihres agrarischen Zuschussbedarfes an die Gesamtheit ihrer Interessen denken. Die Belange des deutschen Exportes, welche in Südamerika oder auch in Russland auf dem Spiel stehen, sind gegenwärtig noch weit höher als unsere Exportinteressen in Osteuropa. Nur von Fall zu Fall und unter Wahrung des gesamten deutschen Exportinteresses kann daher Deutschland den osteuropäischen Ländern Zugeständnisse machen.

SPD. In der ersten Septemberwoche hat sich die Entlastung bei der Reichsbank weiter fortgesetzt. Der der Wirtschaft zur Verfügung gestellte Kredit verringerte sich um 183,2 Millionen Mark auf 3 435 Millionen Mark. Der Wechselkredit ging um 56,9 Millionen auf 2 952 Millionen Mark zurück, womit ein neuer Tiefstand erreicht wird. Bei der Währungsreserve liegt eine kleine Steigerung, um rund 500 000 Mark, auf 925,6 Millionen Mark vor.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 7. September 25,1 % gegen 24,2 % am Ultimo August.

SPD. An der Berliner Aktienbörse war die Tendenz am Freitag durchaus nach unten gerichtet. Das Publikum hat dabei allerdings wenig Verkaufsaufträge gegeben; jedoch lag die Spekulation mit starken Abgaben am Markt. Ausschlaggebend ist dafür die innenpolitische Entwicklung. Während das Publikum vorläufig abzuwarten scheint, was in nächster Woche wird, und es ablehnt, weiter ins Geschäft zu gehen, hat die Spekulation vor Wochenende es für ratsam gehalten, die Kursgewinne in bares Geld zu verwandeln. Bemerkenswert ist, dass die Tendenz an der Berliner Freitagbörse auch stark von dem Rückgang der Rohstoffpreise beeinflusst worden ist, vor allem durch das Nachlassen der Preise für Baumwolle.

Am meisten haben die Montanwerte gelitten. Im Durchschnitt beträgt der Kursrückgang an der Aktienbörse etwa 2 bis 4 %. Die Börse verlief stark schwankend, zum Schluss mit gedrückten Kursen. Unter den Montanwerten gingen Harpen, immer von Donnerstag auf Freitag, von 81 auf 75,5, Hoesch von 36 5/8 auf 33 1/4, Mannesmann von 54 1/2 auf 52 zurück. Siemens erlitten eine Einbusse von 143 1/2 auf 136 3/4. Verhältnismässig gut hielten sich Daimler, Rückgang von 22 auf 22 1/2. Stärker fielen dagegen Vereinigte Stahlwerke, von 21,5 auf 19,5/8.

Der Rentenmarkt war bei grösseren Abgaben weit schwächer als in den Vortagen. Der Verlust von rund 1 % erstreckt sich auf Pfandbriefe, Kommunal- und Industrieobligationen, Stadtanleihen usw.

SPD. Das Reichsaufsichtsamt hat eine Reihe von Entscheidungen über Bausparkassen getroffen, wonach bei der Deutschen Eigenheimgesellschaft in Frankfurt das Zahlungsverbot bis zum 10. November verlängert wird. Der Mitteldeutschen Bausparkasse Hannover werden mit sofortiger Wirkung Zahlungen aller Art verboten. Ein Zahlungsverbot wurde auch bei der "Freies Heim" Bauspar-Aktiengesellschaft in Köln erlassen. Die bestehenden Bausparkassenverträge werden hier vereinfacht abgewickelt. Der Antrag der "Nordlicht" Bausparkasse in Detmold auf Erlaubnis des Geschäftsbetriebes wurde abgewiesen, weil er nicht rechtzeitig gestellt worden ist. Bei der Volksbau Aktiengesellschaft Berlin ist der Antrag auf Eröffnung des Konkurs zu stellen. Die Liquidation der Thuringia A.G. in Eisenach wird einem noch zu bestimmenden Liquidator übertragen. Der "Mein Vaterland" in Gladbach-Rheydt wird der Geschäftsbetrieb untersagt.

SPD. Auf dem Baumwollmarkt, wo die Preise in den letzten Wochen stärker angezogen haben, gab es vor Wochenschluss eine, wenn auch nicht umfangreiche Korrektur nach unten. Immerhin hat dieser "Betriebsunfall" auf den Baumwollmärkten die Konjunkturstimmung gedämpft und die Weltbörsen nicht unwesentlich beeinflusst. Die Zweifel gehen von der letzten amtlichen Baumwollschätzung der Amerikaner aus. Nach dieser Schätzung wird die amerikanische Baumwollernte auf 11,31 Millionen Ballen taxiert, gegenüber 17,06 Mill. Ballen im Vorjahr und über 14,5 Millionen Ballen im Durchschnitt der letzten 5 Jahre.

Es steht also fest, dass die diesjährige Baumwollernte in Amerika nicht an den Stand des Durchschnitts heranreichen wird. Jedoch hat die Spekulation gegenüber der vorletzten Schätzung mit einer niedrigeren Taxierung gerechnet. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, was bereits zu Auswirkungen auf die Hausse am Baumwollmarkt führte. - Die Entwicklung zeigt, wie wenig die Rohstoffhausse, auf die man sich jetzt immer wieder bei der Konjunkturbeurteilung beruft, gefestigt ist.

Roggen wird "gestützt".

(Berliner Getreidebörse vom 9. September.)

SPD. Die Stützungsmaßnahmen der Reichsregierung führten am Freitag an der Berliner Produktenbörse zu einer Sonderbewegung in Roggen. Da das Angebot in Roggen nach der Bekanntgabe der Einzelheiten des Stützungsplans natürlich ziemlich gering war, konnten die Preise sich erhöhen, wenn auch immerhin bei dem erhöhten Stand einige Verkaufsbewegung bestand. Am Promptmarkt zogen die Preise zunächst bis zu etwa 3 Mark an, während am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte die Roggennotierungen sich um 2 bis 3½ Mark erhöhten. Im Verlaufe der Börse ging jedoch ein Teil dieses Gewinnes wieder verloren. Auf die übrigen Marktgebiete wirkte diese Bewegung nicht zurück, vielmehr blieb das Geschäft weiter sehr ruhig. Weizen war etwas stärker angeboten, sodass am Promptmarkt und am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte, nicht zuletzt auch infolge fehlender Anregung vom Exportgeschäft her, die Vortagspreise nur schwer durchzuholen waren. Das Geschäft in Weizen- und Roggenmehl war schleppend, Hafer kaum verändert, Gerste wesentlich ruhiger.

	<u>8.9.</u>	<u>9.9.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 212	209 - 211
Roggen	161 - 163	163 - 165
Braugerste	176 - 186	176 - 186
Futter- und Industrieroggen	169 - 175	169 - 175
Hafer	139 - 144	139 - 144
Weizenmehl	25,00 - 30,25	25,00 - 30,25
Roggenmehl	21,80 - 24,25	21,90 - 24,25
Weizenkleie	9,85 - 10,30	9,90 - 10,30
Roggenkleie	8,25 - 8,75	8,25 - 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Sept. 223½ (223½) Okt. bis 223½ (223½), Dez. 224½ - 224 (224½), März 230 + Brief 230½, Roggen Sept. 177 bis 176¾ Brief (173½), Okt. 177 - 176½ (175), Dezember 178¼ - 177½ (176), März 183 - 181¾ (181), Hafer Sept. - (146½), Okt. - (-), Dez. 146½ (147), März - (-).

Berliner Viehmarkt.

(9. Sept.)

SPD. Mit nicht ganz 8 000 Tieren hatte der Schweinemarkt am Freitag eine Beschickung, die fast um 3 000 unter dem Stand der Vormärkte lag. Trotzdem konnte die Nachfrage gedeckt werden. Die Preise hielten sich auf dem Stand des vorigen Marktes, zum Teil konnten sich Besserungen durchsetzen. Dagegen führte grösseres Angebot auf dem Hammelmarkt zu nachgebenden Preisen. Insbesondere gaben geringgenährte Tiere nach. Auch am Kälbermarkt gaben die Preise in allen Klassen nach. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund 46 (45-46), b) 240-300 Pfd. 41-43 (40-43), e) 120-160 Pfd. 37-39 (37-39), Sauen 42 (40-42), Schafe: a) 30-32 (33-34), b) 33-35 (34-36), c) 28-32 (30-33), d) 15-26 (17-30). Kälber: b) 45-52 (48-55), c) 37-47 (40-50), d) 22-33 (24-35), Kühe: a) 25-26 (24-25) b) 21-24 (20-23) c) 17-20 (17-19), d) 11-16 (11-16).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 9. September 1932

Berlettis Esel.^x

SPD. Die Nacht war mondhell, als Berletti die Stalltür öffnete, um mit seinem Eselgeschirr ins Dorf zu fahren und die Hebamme zu holen. "Eh, Ronzo! aufstehen!" rief er dem Esel zu. "Aufstehen! Der Erbe kommt an!" Aber Ronzo rührte sich nicht. Auch nicht, als er von derben Bauernstiefeln einen unsanften Tritt bekam.

Da gewahrte Berletti, dass der brave Esel tot war. "Vergiftet", dachte der Bauer und folgerte sogleich richtig: "Von den Puri". Er erinnerte sich des Streites, den er vor einigen Tagen mit den Nachbarn wegen eines von Ronzo entwurzelter Rebstockes gehabt hatte. Zuletzt hatten die Brüder Puri noch böse Drohungen gegen das harmlose Tier ausgestossen. Gerührt strich Berletti über Ronzos steifes Genick.

Am andern Morgen war der heiss ersehnte Stammhalter da und Berlettis Zorn verdrauscht. Aber rächen wollte er sich doch! Monatlang hatte sich der Bauer auf die Geburt seines ersten Kindes gefreut, und nun es gar ein Sohn war, sollte das Ereignis mit gebührendem Pomp gefeiert werden. Der unverhoffte Tod Ronzos hatte seine Stimmung doch beträchtlich gedrückt.

So stand Berletti etwas betrübt an der Schwelle seines Hauses, als gerade die Brüder Puri vorüberkamen. Sie beglückwünschten ihn scheinheilig zum Erben. Berletti gesellte sich ihnen zu und ging ein Stück Weges mit ihnen. Er wollte sehen, ob die Gauner sich verrieten.

"Ja, ja", fing Berletti an, "der Bub ist gekommen, und der arme Ronzo ist gegangen."

"Was du nicht sagst! Tot ist er? Was hat ihm denn gefehlt?"

"Der Schlag wird ihn getroffen haben. Er war alt."

Dem Bauer entging es nicht, dass die beiden Brüder sich anblinzelten.

"Es tut mir nur leid um das gute Tier. Sonst ist es ja mein Schaden nicht. Er war hoch versichert. Da kauf' ich mir ein junges Tier und mach' noch ein schönes Geschäft dabei." Und nach einer Pause fuhr Berletti fort: "Was ich noch sagen wollte: zur Taufe am Sonntag seid ihr natürlich auch eingeladen."

Die letzten Worte hatte Berlettis Schwiegermutter gerade noch gehört, die mit gefüllten Wassereimern am Tragholz vom Brunnen kam. "Was", ereiferte sie sich, "diese Lumpen hast du noch grossartig eingeladen?"

"Lass nur, - das ist meine Rache."

In der Nacht, bei Mondschein, lud Berletti seinen toten Esel auf den Schubkarren und fuhr ihn hinab nach dem Flusse. Und wie eine mächtige Sturzwehle den Kadaver verschlang, rannen dem Bauern dicke Tränen über das braune, harte Gesicht. Wieviele Jahre hatte ihm das gute Tier treu gedient, und nun sollte es nicht einmal mehr den jungen Herrn mit seinem melancholischen Gesänge begrüssen.

+ + +

Am Sonntag wurde die Taufe des Stammhalters der Berletti gewaltig gefeiert. Im Olivenhaine, der das Haus umgab, war eine lange Tafel aufgestellt, und Bratenduft mischte sich mit dem würzigen Hauch, der von der Limonenterrasse herüberwehte. Roter Wein floss in die Kehlen und über die Tischtücher, und die Unterhaltung war in Schwung. Berletti liess gefüllte Schüsseln und Platten heranschleppen: man ass, trank und lärmte und liess

sich's wohl gehen.

Auch die Puri waren da. Und als man die ländlich derben Toaste ausbrachte, wurde auch des armen Ronzo gedacht.

"Ja, ja, - er war schon ein guter Kerl", sagte Berletti und, indem er sich an seine Nachbarn wandte: "Gut, ja - aber für euch vielleicht ein bisschen hart, wie?" Und seine Augen funkelten.

Alles brüllte vor Lachen, obwohl man nicht recht verstanden hatte, was Berletti damit meinte. Aber man merkte: das ging auf die Puri.

"Hat er euch geschmeckt?" fragte Berletti und lachte höhnisch.

Da brach nun doch eine grosse Erregung unter den Gästen aus.

"Na, na - beruhigt euch! Es waren nur zwei Beefsteaks und ein Stückerl Leber, die der gute Kerl für seine beiden Freunde gelassen hat. Als Dank für einen abgefressenen Rebstock, als Schadenersatz".

Die gute Laune war sogleich wieder hergestellt: man hielt Berlettis Worte für einen Witz. Nur die Puri waren bleich geworden. Sie erkannten auf einmal: das Fleisch hatte deutlich nach Kupfervitriol geschmeckt, und es wurde ihnen übel. Bei der ersten besten Gelegenheit gingen sie heim und schwuren sich, dass das noch nicht das Ende wäre.

Vierzehn Tage später begab sich Berletti in die Kreisstadt, um die Versicherungssumme abzuholen. Da kam er aber schön an! Der Beamte schrie: "Wie? Sie haben noch die Unverschämtheit, zu behaupten, Ihr Esel sei gestorben? - Geschlachtet haben Sie ihn! Jawohl!! Zur Taufe Ihres Kindes! Jawohl!! Das ist Betrug!" Und krachend flog der Schalter zu.

Berletti stand wie betäubt. Es dauerte eine geraume Weile, bis er kapieret hatte. Diese Lumpen! Ganz geknickt und überwältigt von so viel Gemeinheit, versuchte er nicht einmal, sich zu verteidigen.

Spät in der Nacht kehrte er heim. Er ging an Ronzos leeren Stall vorbei und schlich ins Haus, in die Kammer, wo Weib und Kind schliefen. Und als er leise die kleinen rosigen Fäustchen seines Sprösslings in seine starke, harte Bauernfaust nahm und sie vorsichtig drückte, war ihm, als klänge draussen, hinten am Walde, wo der Fluss ist, der melancholische Gesang eines Esels.

Thea Reimann.

Das Donaueiland des Islams.

Von unserm Balkankorrespondenten

SPD. Wie viele Mittel- und Westeuropäer wissen eigentlich von der Insel Ada Kaleh, diesem Stückchen Erde unverfälschtesten Orients inmitten des Donaustromes zwischen dem Engpass von Kazan und dem Eisernen Tor? Nur in den wenigsten Landkarten und geographischen Büchern ist dieses Eiland verzeichnet, über dem bis vor einigen Jahrzehnten noch die grüne Fahne des Propheten inmitten der Christenheit geweht hat. Selbst der sonst so geschwätzige und weit-schweifige "Baedeker" widmet Ada Kaleh nur knapp vier Zeilen, obschon es gewiss mehrere Seiten verdiente. War es doch fünf Jahrhunderte lang das von den Türken beherrschte Gibraltar der Donau, das jedem verdächtigen und unliebsamen Schiffahrer aus dem Abendlande den Weg nach dem Morgenlande versperrte. Nach dem Friedensschlusse von San Stefano im Jahre 1876 besetzte Oesterreich-Ungarn kurzerhand die Festungsinsel. Der rein türkischen Bevölkerung wurden indessen neben der Selbstverwaltung eine Reihe anderer Vorrechte eingeräumt. Erst 1913 wurde Ada Kaleh endgültig Ungarn einverleibt und der Türkei entrissen. Nach dem Weltkriege, im Frieden von Trianon, fiel es an Rumänien.

Das selbst auf dem Balkan in Vergessenheit geratene Ada Kaleh sollte

vor zwei Jahren wieder aus seinem Schlummerdasein ins Licht der Geschichte gezogen werden. In seinem Liliputhafen traf sich König Carol von Rumänien mit seinem Schwager Alexander von Südslawien auf einer Jacht, um sich mit ihm über die Vorteile und Schattenseiten der Diktatur zu unterhalten. Doch als Carol einige Monate später bedenklich mit der Diktatur liebäugelte, riefen ihm die Ereignisse in Spanien, wo sein königlicher "Bruder" Alphonse über Nacht ins Ausland flüchten musste, ein warnendes "Mene - Tekel - Uphra - ein" zu, das nicht ungehört blieb. Für das Eiland Ada Kaleh hatte der Zweikönigsmächig Glück gebracht. Carol erklärte es zum Freihafen, sodass heute die Insel mit Recht den Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, der jüngste und vor allem kleinste Freihafen Europas zu sein. Und die Ada Kaleher wissen die ihnen eingeräumte Vergünstigung gründlich auszunützen. Während drüben auf dem rumänischen Festlande z.B. das Kilo Zucker 32 Lei (80 Pfg. !) kostet, führen sie den viel besseren tschechischen Zucker für 17 Lei ein. Kein Insulaner raucht das ebenso miese wie teure rumänische Monopolkraut, keiner trinkt den getauften Wein der Walachei; o nein, hier werden türkische, griechische und bulgarische Zigaretten edelster Sorte gequämt und feurige griechische Metzweweine geschlürft, zollfrei und spottbillig.

Ueberhaupt, diese 300 Ada Kaleher sind, obgleich sie meistens weder lesen noch schreiben können, recht helle und geschäftstüchtige Leute, die mit der ganzen Schlaueit und allen Listen und Ränken des Orientalen reichlich gesegnet sind. Jeder Besucher kann das am eigenem Leibe bzw. am eigenen Geldbeutel erfahren. Als ich drüben am rumänischen Ufer bei Verciorova stehe und auf einen Fährmann warte, der mich überholen soll, tritt ein Grenzwächter auf mich zu und gibt mir in unverfälschtem österreichischen Dialekt - er war ehemaliger k. und k. Beamter - den wohlgemeinten Rat: "Passens gut auf, döa san Halunken da drüben! Machens vorher den Preis aus; sonst bezahleus doppelt und dreifach!" Irgend ein Jussuf oder Mehmed, ein wettergebräunter Geselle mit muskulösen Armen, rudert mich in einer pathetisch bemalten ke hinüber. Seine Arbeit ist nicht leicht. Der Strom, der bis dicht vor Ada Kaleh nordöstlich fliesst, nimmt dann plötzlich Richtung nach Südosten und hat hier eine überaus starke Strömung. Mitten drin in diesem stumpfen Winkel des Flusslaufes liegt die Insel, halbmondförmig gebogen, knapp zwei Quadratkilometer gross. Endlich, nach halbstündigem Ringen mit den Wogen, legen wir an. Als Fährpreis waren 75 Lei vereinbart. Ich ziehe eine Hundert-Leinote und warte auf den Rest. Doch mein Jussuf oder Mehmed stösst gelassen seinen Kahn vom Lande und rudert ungeachtet meiner Proteste stillschweigend davon. Der Grenzwächter hatte recht gehabt: "Döa san Halunken!" Ich war um eine Erfahrung reicher. Der Abendländer lernt im Orient nie aus...

Die ganze Insel ist von hohen, vielfach verfallenen Festungsmauern umgeben, die hier und da von Türmen und wuchtigen Torbögen überragt sind. Ueberall wuchern Moos, Gras Efeu und Ginster. Die tiefen Laufgräben und breiten Schanzen sind in Obstgärten und Melonenbeete verwandelt. Auf einem mit uralten holprigem Katzenkopfpflaster belegten Wege schreitet man durch das mächtige Festungstor in die Siedlung, die nur zwei sich in der Mitte kreuzende Strassen hat. Rechts und links kleine, überaus schmucke Holzhäuschen mit meistens vergitterten Fenstern. Auf den Balkons und Veranden wahre Blütenmeere von Blumen. Es ist Sonntag. In der "Hauptstrasse" lustwandelt die Bevölkerung. Die Männer in bunten, reichbestickten Jacken, blauen und weissen Beinkleidern mit tief herabhängenden Hosenboden, farbigen Opanken, mit rotem Fez und weissem oder gelbem Turban. Dazwischen tiefverschleierte Frauen in schwarzen Gewändern. Nur selten ist der Schleier halb gelüftet. Ein farbenfrohes orientalisches Bild, wie es heute Konstantinopel oder eine andere türkische Stadt nicht mehr bietet.

Auf dem Festungswall, auf hohem Fundament, ragt die Moschee gen Himmel. Herr Osman Sakogy, der Bürgermeister und höchste Würdenträger des Eilandes, begleitet mich in das Gotteshaus. Es ist schmucklos. An den Seitenwänden und über

der nach Mekka gerichteten Gebetsnische stehen einige Koransprüche in ornamentalen arabischen Lettern. Auf dem Boden liegt ein riesiger Gebetsteppich, vierzehn mal neun Meter, 460 Kilogramm schwer. Er ist ein "huldvolles" Geschenk des berühmtesten Sultans Abdul Hamid, der sich als "kleine" Gegengabe den uralten Perwarteppich erbat und erhielt, der bis dahin in der Moschee gelegen hatte...

In einem Walde von Zypressen und Platanen liegt der Friedhof. Grab drängt sich an Grab. Die Grabsteine der Männer sind mit einem Turban, die der Frauen und Mädchen mit einer Blume gekrönt. Die verschnörkelten Inschriften sind blau, rot oder golden ausgemalt. Am Ende des Friedhofs liegt die mit einem schönen Denkmal versehene Grabstätte des Mustapha Beg, der im Jahre 1849 den vogelfreien Ludwig Kossuth, den ungarischen Freiheitskämpfer, mit seinem Nachen über die stürmische Donau nach dem bulgarischen Widin gerudert hat. Im Süden der Insel führt der Spaziergang bald durch wildes Dickicht, bald durch gepflegte Gärten und Haine, wo herrlich süsse Trauben, Melonen, Feigen und Maulbeeren in verschwenderischer Fülle aus dem fruchtbaren Mutterleibe der Erde dem Besucher geradezu in den Mund quellen. Hier und da sind verfallene Forts und Basteien, unmittelbar am Ufer auch einige Schützengräben und Sapfen aus dem Weltkriege, von dem die Insulaner dank ihrer Autonomie nur wenig verspürt haben. Einige Bombardements der Rumänen und Serben richteten nur unbedeutenden Schaden an, und die k. und k. Besatzung, die hier lag, führte ein herrliches Stappenleben.

Die Ada Kaleher sind weder reich noch arm. Mit Tabakbau, Seidenraupenzucht, Herstellung von türkischen Honig und Lukum, Schmuggel und Fährarbeiten schlagen sie sich recht und schlecht durchs Leben. Auch der Fremdenverkehr lässt manche Hundert- und Tausend-Leinote zurück. Auf dem kleinen Basar kann der Besucher, neben dem wirklich köstlichen Rachatlokum (eine orientalische Süßigkeit), spottbilligen Rauchwaren Ia Qualität, Lebensmitteln, kleinen handgewebten Teppichen, auch "echt türkische" Feze und Wasserpfeifen, frisch und unverzollt aus der Tschechoslowakei importiert, erstehen, wobei er, wenn es nicht hartnäckig feilscht, in der Regel böse über das Ohr gehauen wird. Denn "dös san Halunken", und dös gehört halt zum Orient.

Am Abend, als sich der glutrote Sonnenball hinter dem Banater Hochlande senkte, trug mich die Barke zurück ans rumänische Ufer. Droben auf dem Minarett der Moschee ruft gerade der Muezzin die Gläubigen zum Gebete: "Allah ist gross, es gibt keinen Gott ausser Allah, und nur Mohammed ist sein Prophet". Mein Fährmann lässt einen Moment die Ruder ruhen, wendet sein Gesicht mekkawärts und verneigt sich dreimal.

X

Das Schriftstellerdorf.

SPD. Ein bohemeseliges Künstlerpaar war (sie modellierend, er dichtend) vom Berliner Stadtlärm weg in die Schaffensruhe eines märkischen Bauerndorfes gezogen. Die Bimmelbahn trug der Manuskripte stolze Last in die Welt hinaus, und ab und zu brachte der Geldbriefträger erquickenden Lohn ins einsame Haus. Wie erfreut aber waren die Beiden, als sie eines Morgens auf weiter Flur einer sie gönnerhaft betrachtenden Städterfamilie begegneten! Der Mann war anscheinend ein erfolgreicher Kaufmann, ein leicht in Goethepose modellierbarer Mäzen, der sich mit einer gastfreundlichen Frau und einem springbeinigen Töchterlein hier zur Ruhe gesetzt hatte. Man musste selbstredend den Leuten einen freundschaftlichen Besuch abstatten. Doch, hörch, was klappert da, als man die Treppe zu den Leuten hinaufschreitet! Wer diktiert da, auf

und ab marschierend, in die Schreibmaschine? - Ein Rivale, ein zweiter Dichter, der ebenfalls Manuskriptsendungen vor der Bimmelbahnlokomotive des Postzuges schwenkt, um sie zu veranlassen, an dieser kleinen Bedarfshaltestelle stehen zu bleiben, und der täglich auf den Geldbriefträger wartet und sehr enttäuscht ist, dass die bürgerlich aussehende Familie, die ihn besuchen kommt, genau wie er zur Boheme gehört.

Es dauert nicht lange, da kommt ein anderer, jüngerer, sportmässig gekleideter Mann und motort mit einer hauchzarten Frau und einem zierlichen, spinnenbeinigen Töchterlein im See herum: Leute, denen man glatt in jedem besseren Seebade begegnen könnte, und die sicher für Künstler etwas übrig haben. Als man jedoch da anklopft, hebt sie den Kopf nicht von einer Häkelarbeit, sondern von einer Kopiermaschine, und - oh! - er strebt nach Rekorden hauptsächlich auf dem Pegasus. Wieder einer, der nur so gönnerhaft geblickt hat, weil er selber einen Gönner vor sich zu haben glaubte, einer, der allabendlich seine Ladung (Lyrik) in den Postzug schmeisst und auf den Geldbriefträger lauert, der sich vor lauter erwartungsvollen Blicken schon gar nicht mehr ins Dorf hinein getraut, in dem sich jede Woche ein anderer verkrachter Dichter niederlässt und jeden nächsten dort auftauchenden Menschen für den lange gesuchten Mäzen hält.

Entlich entsteigt dem Manuskriptzuge ein älterer, verwitterter, mumienhaft aussehender Reisender mit einem Schrankkoffer voller Hoteletiketten und wird als überseeischer Millionär in feierlicher Prozession nach dem kleinen Gasthof begleitet, vor dem die Schweine grunzen. Wer beschreibt aber mein Erstaunen, als mich der Mann nach einem Verleger für seine hier zu verfassenden Globetrotter-Memoiren fragt, ausgerechnet mich, der ich selber für ebenso eine hier entstehende Arbeit einen suche!

Und ständig wächst die Künstlerkolonie. Im weiten Umkreise sind Papierkörbe ausverkauft. Der Postwagen benötigt schon einen Manuskripttender. Und während wir einander finden, suchen wir vergeblich nach einem reichen Philister. Der muss her! Ein Königreich für einen Philister!

Heinrich Hemmer.

X
-500 Jahre Roermond.

SPD. Weithin überragt die im Jahre 1220 geweihte Münsterkirche mit ihren prächtigen Türmen, die den Charakter des Uebergangs vom romanischen Stil zur gotischen Bauart tragen, die alte schöne Maasstadt Roermond, die an der Mündung des genau wie die deutsche Ruhr ausgesprochenen Flüsschens Roer in die Maas in schönster Umgebung liegt. Die alte Stadt, die in diesen Tagen auf ein siebenhundertjähriges Bestehen als freie Stadt zurückblicken kann, liegt auch heute noch in einem Gebiete, das für die politische Zerrissenheit unseres Kontingentes kennzeichnend ist, denn sowohl die belgische wie die deutsche Grenze kann man von Roermond aus mühlos mit der Strassenbahn erreichen, und alle Wechselfälle in der Geschichte dieser historischen bemerkenswerten Stadt erklärten sich nicht zuletzt aus ihrer geographischen Lage.

Wenn Roermond auch erst im Jahre 1232 den Stadtbrief erhielt, so verliert sich die Geschichte dieses Ortes doch in einer fernen, grauen Vorzeit. Schon etwas 100 Jahre früher taucht der Name Ruregemund auf, doch die Uebersetzung mit Mündung der Roer scheint nach neueren Untersuchungen nicht das Richtige zu treffen. Weit wahrscheinlicher ist in dem Worte Roermont das französische Mont oder Berg oder gar das lateinische Wort für das deutsche Wort Berg, nämlich Mons, enthalten. Da schon in Römerzeiten ein lebhafter Verkehr zwischen dem heutigen Köln und dem heutigen Utrecht (Colonia Agrippina und Ultrajectum) sowie zwischen Köln und dem modernen Eindhoven, damals

Amisla genannt, bestanden hat, ist es sehr gut möglich, dass hier in diesem welligen Hügellande bereits die Römer ein Kastell zur Sicherung ihres Handelsverkehrs nach den Mündungen von Rhein und Ems gehabt haben.

Die mittelalterliche Geschichte der benachbarten westfälischen Lande spielt in der Geschichte der Stadt eine nicht unwesentliche Rolle. Damals war von festumrissenen Grenzen zwischen Deutschland und dem heutigen Niederland noch keine Rede, und durch die in der jungen Stadt aufblühende Tuchmacherei gewann der Handel mit dem westdeutschen Absatzgebiet schnell eine grosse Bedeutung. Ein grosses Gewandhaus war die Zierde der Stadt, und die Gilde der Gewandschneider war hoch angesehen. Roermonder Stoffe wurden schon um 1400 in Hannover und Osnabrück gern gekauft, wie sich noch heute aus alten Chroniken nachweisen lässt. Im Jahre 1441 schloss sich Roermond der deutschen Hanse an. Damals hatte die Binnenschifffahrt auf der Maas bereits einen beträchtlichen Umfang angenommen, und es entstand eine eigene Schiffergilde, die besondere Vorrechte genoss.

Auch in die grossen Glaubenskämpfe des 16. Jahrhunderts wurde die Stadt einbezogen. Nachdem sie zeitweilig protestantisch gewesen war, wurde sie 1568 wieder ein katholischer Bischofssitz. Sie wurde dadurch von der Utrechter Union des Jahres 1579, die den Grundstein zur Republik der Vereinigten Niederlande legte und den Trennungsstrich zwischen dem heutigen Niederland und dem heutigen Belgien zog, nicht erfasst, Wohl versuchte in den Sturmes-tagen des Dreissigjährigen Krieges Prinz Frederik Hendrick von Oranien, die Stadt für die Generalstaaten zu gewinnen. Seine Truppen stürmten 1632 die Stadt, aber schon am 3. September 1637 wurde sie in einem furchtbaren Gemetzel vom Gouverneur der Spanischen Niederlande, wie Belgien damals hiess, zurückerobert, um bis zum Jahre 1702 spanisch zu bleiben. Damals, anlässlich des spanischen Erbfolgekrieges, bemächtigten sich die Niederländer abermals der auch strategisch bedeutsamen Stadt, mussten sie jedoch 1716 an die Oesterreicher, denen durch den Friedensschluss Belgien zufiel, wieder abtreten. Bis zum 9. Dezember 1792 war Roermond als Teil von Oesterreichisch-Belgien eine österreichische Stadt. Bis zu diesem Zeitpunkte war Roermond mithin ein Teil des alten Römischen Reiches deutscher Nation, und Kaiser Josef II., der Sohn der Maria Theresia, besuchte selbst die Stadt am 17. Juli 1781. Am 11. Dezember 1792 zogen indessen die Truppen des französischen Generals Dumouriez in die Stadt ein, und Roermond war zeitweilig eine französische Stadt. Nach dem Wiener Kongress von 1815, als Belgien und Holland zeitweilig vereinigt waren, gehörte die Stadt zum damaligen Grossniederland; 1830 überwogen indessen dort noch die belgischen Sympathien, und von 1830 bis 1839, als der belgische Garantievertrag zustande kam, gehörte sie zu Belgien. Erst damals wurde Roermond endgültig an Niederland abgetreten; blieb aber noch zollpolitisch bis 1866 Mitglied des Deutschen Zollvereins.

Das heutige Roermond zählt etwa 17 000 Einwohner. Es hat sich als einer der grössten Eiermärkte Europas besonderen Ruf erworben. Während im Jahre 1904 erst 25 000 Eier auf der Roermonder Eierbörse verkauft wurden, war die Zahl der zum Verkauf gelangenden Eier bereits im Kriegsjahre 1916 auf 58,1 Millionen gestiegen. Nach einem zeitweiligen Rückgange des Eierhandels in den ersten Nachkriegsjahren wurden doch bereits im Jahre 1925 hier wieder 93,2 Millionen Eier versteigert, und die Zufuhr des Jahres 1926 erreichte mehr als 120 Millionen Stück. Die autarkische Tendenz der Wirtschaftspolitik der gegenwärtigen deutschen Reichsregierung bedeutet natürlich auch für den Roermonder Eierhandel eine schwere Schädigung.

Roermond hat sowohl für die Binnenschifffahrt wie als Eisenbahnknotenpunkt in neuerer Zeit wieder eine grosse Bedeutung erlangt. Abgesehen von Eisenbahnlinien nach den meisten Hauptplätzen Niederlands steht die Stadt in direkter Eisenbahnverbindung mit dem deutschen Düsseldorf und dem belgischen Antwerpen. Die freigewerkschaftliche und sozialdemokratische Arbeiterbewegung

hat auch dort in den Nachkriegsjahren gute Fortschritte gemacht. Roermond hat wohl im Laufe der Zeiten sehr verschiedene Herren gehabt, aber der gründniederländische Charakter dieser schönen, alten Stadt legt beredtes Zeugnis davon ab, dass sie nicht nur der Sprache, sondern auch in ihrem ganzen Fühlen und Denken nach stets gut niederländisch gebliebenen ist.

Otto Burgemeister (Amsterdam)

Septemberschau.^x

Die schönen Sommertage werden langsam spärlich,
und jeder Tag bringt neue, bange Fragen.
Beschwerlich ist das Leben, und gefährlich
ist's, was man meint, so, wie man's meint, zu sagen.

Chronisten haben heuer böse Zeiten.
Mit Stacheln droht die Notverordnungshecke.
Man sagt jetzt "Aufbau", statt, wie früher, "Pleiten",
und Reaktion heisst: "Kampf für edle Zwecke..."

Wir hatten Stahlhelmtag mit Prominenzen,
die, Hand in Hand, Minister und Putschisten,
als schönster Schmuck des stolzen Festes glänzen,
geeint im Willen, endlich aufzurüsten.

Wie man so hört, soll Deutschland jetzt gesunden;
nach viel Gestöhn ward höh'ren Orts man endlich
von prächtigem Sanierungs-Ei entbunden - - -
Ein Riesen-Ei! Nur stinkt es gar zu schändlich.

Und muffig steigt aus alten Mottenkisten
der Moralingeruch in finstre Paragraphen.
Das gibt's nicht mehr: mit Brüsten sich zu brüsten
und ohne Konzession zusammen schlafeh...

Jetzt ist's geschafft! Und die Kulturbelange,
im Schoss des Rundfunks ruhn sie wohlgeborgen.
Von früh bis spät geht's im Armeemarschklinge,
als gäb' es - wirklich - keine andern Sorgen. - -

Man will uns wieder mal zu Glück und Wohlstand leiten;
Rezept wie stets: dort Hilfe, uns Entbehren. -
Prolet, pass auf! Erkenn' den Spuk beizeiten!
Du zahlst die Zeche, säumst du, dich zu wehren!
Walter Schirmeier.

Gegen das Gold gibt es keinen Zaun.

Englisches Sprichwort.

Wahrheit ist etwas, das man von den Dächern der Häuser schreien muss.
Clifford.